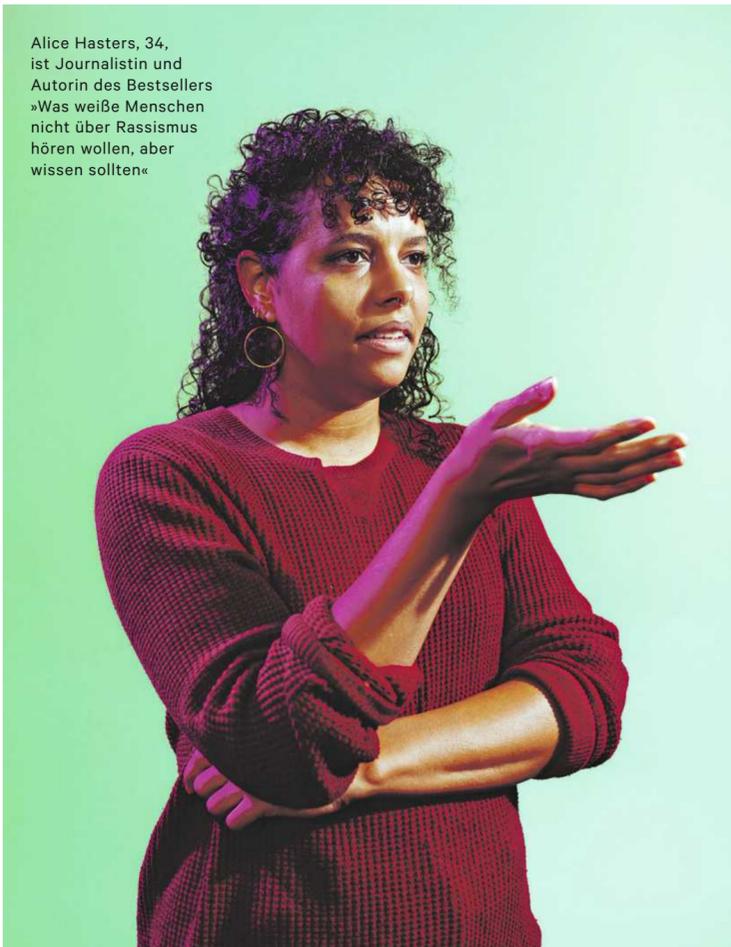


Ist die Linke zu woke?

Wer das behauptet, wie Sahra Wagenknechts neue Partei, fällt auf die Rechten herein, sagt die Autorin Alice Hasters. Die Philosophin Susan Neiman hält dagegen: Identitätspolitik macht die Welt nicht gerechter

Alice Hasters, 34, ist Journalistin und Autorin des Bestsellers »Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten«



»Was soll woke sein – wenn nicht eine sehr linke politische Einstellung?«

DIE ZEIT: Susan Neiman sagt in ihrer kontrovers diskutierten Streitschrift *Links ist nicht woke*, die Identitätspolitik verrate linke Werte. Würden Sie sich dennoch als links und woke bezeichnen, Frau Hasters?

Alice Hasters: Was soll woke sein – wenn nicht eine sehr linke politische Einstellung? Frau Neiman möchte offenbar, ähnlich wie Sahra Wagenknecht, die Woken von den Linken trennen. Aber das scheint mir nicht mehr als eine Projektion zu sein.

ZEIT: Was wird da auf Sie projiziert?

Hasters: Das wüsste ich auch gern. Der Begriff woke ist afroamerikanischer Slang. Er bedeutet ursprünglich, die Perspektive von schwarzen Menschen wahrzunehmen, die Diskriminierung, Ungerechtigkeit bis hin zu bestimmten Gefahren erleben. Inzwischen aber wird der Begriff woke als Kampfbegriff von rechts definiert. Dort stellt man die Woken als Bewegung dar, die sich über ihre Identität Deutungshoheit und Macht über alle anderen verschaffen möchte.

Susan Neiman: Ich wundere mich, dass Sie sich selbst noch als woke bezeichnen. Innerhalb kurzer Zeit ist der Begriff zu einem Schimpfwort geworden. Als er vor ein paar Jahren wiederentdeckt wurde, fand ich ihn zunächst besser als das Wort links. Woke, das klingt doch geil! Wer könnte etwas dagegen haben? Mittlerweile kenne ich niemanden mehr, der dieses Wort noch gern für sich benutzt.

ZEIT: Was ist Ihrer Meinung nach plötzlich das Problem?

Neiman: Wokeness baut auf linken Emotionen auf. Man möchte auf der Seite der Unterdrückten stehen und die Verbrechen der Geschichte wiedergutmachen. Diese Emotionen teile ich – wie wahrscheinlich jeder Linke oder Linksliberale. Aber diese Emotionen wurden von einer Reihe philosophischer Annahmen untergraben, die im Grunde eine reaktionäre Herkunft haben.

ZEIT: Welche sind das?

Neiman: Erstens Tribalismus: Heute soll die Herkunft oder die Sprecherposition entscheiden und nicht mehr das ethische oder politische Argument. Zweitens: Linksein heißt, auf Gerechtigkeit zu zielen. Aber dieses Ziel ist

universell und bedeutet, man kämpft für allgemeine Gerechtigkeit und nicht nur um größere Macht für seine eigene Gruppe. Und drittens glaubt man als Linker an die Möglichkeit des Fortschritts. Man erkennt auch an, dass es Fortschritt bereits in der Vergangenheit gab. Ich bin mir sicher, Frau Hasters, Sie sehen vor allem Letzteres ganz anders.

Hasters: Ich muss Sie enttäuschen. Tribalismus, also Stammesdenken, ist für mich der strittigste Punkt. Ihre Definition ist für mich schwer nachvollziehbar. Wo werden denn in der woken Bewegung tribalistische Ideen vorangetrieben? Sie ist vielmehr multiperspektivisch, beinhaltet viele zeitgenössische Bewegungen – queere oder andere aktivistische – und setzt sich gegen eine Welt zur Wehr, in der Machtverhältnisse nicht ausgeglichen sind.

Neiman: Nein, der Begriff Identitätspolitik setzt voraus, was eigentlich begründet werden soll: dass wir von unserer ethnischen Herkunft und unserem Geschlecht bestimmt sind. Zweifellos sind das wichtige Komponenten unserer Identität. Aber jeder kann an sich mindestens zehn weitere identitätsstiftende Merkmale finden, weshalb ich den Begriff Identitätspolitik ablehne. Ich zum Beispiel bin Jüdin und habe Gene, die mich mit Benjamin Netanjahu verbinden. Für meine Identität ist es wichtiger, mich in die universalistische Tradition zu stellen. Das ist eine intellektuelle, ethische und politische Entscheidung, die mir hundertmal wichtiger ist als genetische Herkunft.

Hasters: Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung entstand, weil Menschen aufgrund ihrer Herkunft ungleich behandelt wurden. Sie haben sich nicht ausgedacht, dass sie als Schwarze gesehen wurden, sondern sie haben darauf reagiert, dass es so ist. Rassifizierung und Trennung waren schon da. Um sich aus dieser Ungerechtigkeit zu befreien, muss man die Unterschiede erst einmal anerkennen. Man kann argumentieren, dass wir in einer Zeit leben, in der diese Trennungen nicht mehr existieren. Ich glaube aber, diese Strukturen wirken noch heute fort.

Neiman: Das bestreite ich nicht, aber meine Analyse beginnt früher. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurden weder Iren noch

Juden als Weiße klassifiziert. Das zeigt, wie fließend diese Kategorien sind. Ich bin in Amerika während der Bürgerrechtsbewegung im Süden aufgewachsen. Auf unsere Synagoge gab es einen Anschlag, Juden wurden gelyncht – wenn auch nicht so viele wie Schwarze. Aber Juden waren von diesen Aggressionen auch betroffen, vor allem wenn sie sich für die Bürgerrechtsbewegung eingesetzt haben. Antirassismus ist eine politische Haltung, sie bedarf nicht der Herkunft. Darauf kommt es mir an.

Hasters: Das stimmt, auch Weiße werden angegriffen, wenn sie sich gegen Rassismus stellen. Ich will Ihnen auch eine Geschichte erzählen. Meine Mutter ist Jahrgang 1953, also zwei Jahre älter als Sie. Sie kommt aus Philadelphia und wuchs auch inmitten der Bürgerrechtsbewegung auf. Bei allem Respekt für Ihre jüdische Identität, der Unterschied zu Ihnen ist, dass meine Mutter als Schwarze immer zur Zielscheibe geworden wäre – egal, welche politische Haltung sie einnahm. Bei schwarzen Menschen geht es nicht allein um eine Haltung, bei ihnen geht es ums Überleben.

Neiman: Trotzdem frage ich Sie: Warum sollten wir uns wesentlich von jenem Teil unserer Identität bestimmen lassen, über den wir nicht entscheiden können?

Hasters: Weil die Realität so ist. Wenn ich morgen sagen würde, ich möchte weder als schwarz bezeichnet noch so wahrgenommen werden, würde das trotzdem passieren.

ZEIT: Susan Neiman argumentiert in ihrem Buch: Woke wollen gegen Ausgrenzung kämpfen, aber schaffen durch ihre Argumente neue Ausgrenzte. Damit ist man bei der Frage der Repräsentation. Kann ein Wolfgang Kubicki eine junge schwarze Frau wie Sie politisch vertreten, Frau Hasters?

Hasters: Ich hatte schon immer das zweifelhafte Vergnügen, von weißen Männern repräsentiert zu werden. Und, nein, ich fühle mich von Kubicki nicht repräsentiert. Aber nicht, weil er ein weißer Mann ist, sondern weil ich politisch anderer Ansicht bin als er. Wahrscheinlich könnte mich ein Gregor Gysi viel eher vertreten – obwohl auch er eine andere Perspektive hat und er Teile meiner Lebensrealität vermutlich kaum versteht. Identität ist das eine und Positionierung etwas anderes. Da hat Frau Neiman recht. Aber ich bin, anders als sie, fest davon überzeugt, dass Identität immer einen Einfluss auf die Position hat.

Neiman: Bei Kubicki stimme ich völlig mit Ihnen überein! Dennoch: Es gibt wahrscheinlich keinen Menschen auf der Welt, mit Ausnahme von Donald Trump, von dem ich mich weniger vertreten fühle als von Netanjahu. Ich war damals glücklich, als Barack Obama zum amerikanischen Präsidenten gewählt wurde. Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl: meine *first family!* – obwohl sie mit meinem Stamm nichts zu tun hatte. Ich will sagen, es ist viel komplizierter.

ZEIT: Sahra Wagenknecht hat gerade eine neue linke Partei gegründet. Sie sagt, durch die Fokussierung auf identitätspolitische Fragen habe die Linke die Klassenfrage vergessen. Hat sie recht, Frau Hasters?

Hasters: Ich kann nicht nachvollziehen, warum Frau Wagenknecht auf die Idee kommt, die Woken – oder die Lifestyle-Linken, wie sie sagt – seien dafür verantwortlich, dass die Linke ihren Fokus verloren hat. Das hat die Linke ganz allein geschafft. Woher kommt denn das Bedürfnis meiner Generation, über identitätspolitische Fragen zu sprechen? Weil der traditionellen Linken etwas fehlte, weil sie in der Vergangenheit viel zu wenig beachtet hat, wie sehr die Klassenfrage und andere Fragen von Diskriminierung zusammengehören. Frauen sind vor allem deshalb armutsgefährdet, weil sie Frauen sind. Menschen mit Migrationshintergrund sind ärmer, weil ihnen bestimmte Zugänge verwehrt werden. Identitätspolitische Fragen sind Klassenfragen! Man kann das eine nicht vom anderen trennen, wenn man einen guten Klassenkampf führen will.

Neiman: Ich bin gegen jede Form des Reduktionismus, auch gegen Wagenknechts Klassenkampf-Reduktionismus. Ich würde ihre Partei nicht wählen, aber ich stimme ihr an einer Stelle zu: Einer ostdeutschen Rentnerin, die ihre Miete nicht zahlen kann, hilft man nicht durch eine genderechte Sprache.

ZEIT: Wagenknecht geht noch weiter. Sie sagt, Gendern sei ein bewusst gesetztes Distinktionsmerkmal einer Elite, die sich vom sogenannten einfachen Volk abgrenzen will.

Hasters: Aber dieser Gegensatz ergibt doch keinen Sinn! Warum kann Wagenknecht nicht einfach jungen Menschen die Hand reichen,

die auch von linken Emotionen getrieben sind?! Warum sagt sie nicht: Es ist gut, dass ihr euch gegen Diskriminierung einsetzt – vergesst aber bitte das traditionelle linke Wissen nicht! Stattdessen empört sie sich. Nach dem Motto: Macht doch euren Scheiß allein! Mein größtes Problem mit ihr ist aber ihr Nationalismus. Sie wirft einer sogenannten Elite vor, sich nur um sich selbst zu kümmern. Aber sie tut dasselbe wie die angeblichen Lifestyle-Linken, wenn sie sagt, Deutschland müsse sich mehr abgrenzen, damit es den Leuten hier besser geht.

Neiman: Der Aufstieg der Rechtsradikalen ist ein internationales Problem. Wir brauchen dagegen so etwas wie eine linksliberale Einheitsfront. Deshalb wollte ich die Woken keineswegs bashen, sondern ihnen die Hand reichen. Ich teile Ihre Ziele, aber finde trotzdem, Sie sind auf dem falschen Weg. Wie finden wir denn nun zusammen?

Hasters: Ich verstehe, dass Sie einen provokanten Titel gewählt haben, Sie wollen Ihr Buch verkaufen. Andererseits betreiben Sie damit dieselbe Spaltung zwischen Linken und Woken wie Wagenknecht. Diese Haltung schadet der Linken – und hilft der Rechten.

Neiman: Wegen solcher Sorgen bezeichne ich mich auf der ersten Seite als Sozialistin und habe auch viele Gesprächsanfragen von Rechten abgelehnt. Das Buch wurde schon in mehreren Ländern veröffentlicht; keine rechte Stimme hat es instrumentalisiert oder gar gelobt.

Hasters: Wenn die Linke wieder erfolgreich sein will, braucht sie mehr Verständnis für ihre verschiedenen Strömungen. In meinem Buch *Identitätskrise* beispielsweise möchte ich meiner Leserschaft vermitteln, dass ihre Gefühle valide sind und ihr Bestreben nach Anerkennung legitim ist. Aber ich rate ihnen außerdem, sich wieder stärker auch mit traditionell linken Diskursen und Gesellschaftsfragen auseinanderzusetzen. Ich stelle allerdings immer wieder fest, dass Linke sich mit einer innerlinken Fusion sehr schwertun.

ZEIT: Politischen Erfolg scheinen momentan weltweit vor allem die Rechten zu haben. Warum ist das so?

Neiman: Das entscheidende Jahr ist 1991. Mit dem Kollaps des Staatssozialismus schien jedes universalistische Projekt gestorben, das auf allgemeine Gerechtigkeit gerichtet war. Von da an gab es nur Globalismus. Anstatt zu fragen, woran wir konkret gescheitert sind, konzentrierten Linke sich nur noch auf partikuläre Ungerechtigkeiten.

ZEIT: Die entscheidende Zäsur für Deutschland war 2015. Da begann der Aufstieg von Pegida und der AfD, ab da wurde eine Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft sichtbar.

Hasters: Diese Einstellungen entstanden bereits, bevor die Menschen nach Deutschland flüchteten. Auch die Enttäuschung über das Scheitern linker und universalistischer Kräfte gab es schon vorher. Sei es während der Euro-Krise, der Revolutionen in den arabischen Staaten oder in Nordafrika oder durch die Konsequenzen des Irakkrieges. Die westliche Erzählung, wir seien alle gleich und frei, war schwer angekratzt.

Neiman: Kein Mensch, ob aus dem Westen oder sonst woher, hat je behauptet, wir seien schon alle gleich und frei. Das sind Ideale, nach denen sich unsere Politik richten sollte.

ZEIT: Sahra Wagenknecht würde sagen, die Enttäuschung über die linke Erzählung ist nicht rassistisch, sondern die Antwort einer Mehrheit, die findet, dass ihre Interessen nicht mehr vertreten werden.

Hasters: Die Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten entspringt beidem: Rassismus und Abstiegsangst. Und in einer Sache hat Wagenknecht recht: Nur eine linke Politik kann dem Einhalt gebieten. Wir müssen wieder für mehr materielle Gerechtigkeit sorgen und Ressourcen anders verteilen. Das sehen alle Linken so, auch die Woken. Man muss sich fragen, warum es die Rechte geschafft hat, die Linke zur Elite zu erklären.

Neiman: Ich begreife das auch nicht. Trump etwa gehört zu den privilegiertesten Menschen, aber ihm ist es gelungen, als Stimme der Missachteten zu erscheinen.

Das Gespräch moderierten
Jana Hensel und Tina Hildebrandt



Susan Neiman, 68, leitet seit 2000 das Einstein Forum in Potsdam. Die Amerikanerin lehrte zuvor Philosophie in Yale und Tel Aviv

»Ich kenne niemanden mehr, der dieses Wort noch gern für sich benutzt«